
Vorlage für die Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstandes, des Fraktionsvorstandes
und der Fraktion am 25./26. Februar 2013

17/1468

Nur zur internen Verwendung !!!

Aktionsplan für mehr Gleichstellung von Frauen und Männern

**Beschlussfassung zum Abschlussbericht der AG Gleichstellungspolitik
der SPD-Bundestagsfraktion**

Stand: 21.02.2013

Voraussetzung für die faktische Gleichstellung und Partnerschaftlichkeit ist die eigenständige Existenzsicherung von Frauen und Männern.

Noch immer mangelt es in Deutschland an Strukturen, die Frauen eine gleichberechtigte Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt ermöglichen. Auch im 21. Jahrhundert überwiegt hier zu Lande wie gehabt das Modell vom männlichen Familienernährer und der weiblichen Zuverdienerin – auch wenn dies längst nicht mehr den Wünschen vieler Frauen und Männer entspricht.

Frauen tragen nach wie vor größere Risiken im Erwerbsleben als Männer: Sie verdienen für gleiche und gleichwertige Arbeit deutlich weniger, sie sind überdurchschnittlich oft von prekärer Beschäftigung betroffen, stoßen beim beruflichen Aufstieg trotz hoher Qualifikation immer wieder an die gläserne Decke und können Familie und Beruf nur schwer miteinander vereinbaren. Um diese Benachteiligungen zu überwinden, helfen auch viele rechtliche Rahmenbedingungen nicht weiter - im Gegenteil: Häufig zementieren sie tradierte Rollenmuster. Das führt vermehrt zu Armut im Scheidungsfall und/oder im Alter.

Mit Appellen allein ist Gleichstellung von Frauen und Männern nicht durchzusetzen. Vor zwölf Jahren einigte sich die damalige rot-grüne Bundesregierung mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft auf eine freiwillige Vereinbarung mit dem Ziel, Chancengleichheit in der Privatwirtschaft durchzusetzen. Die Bilanz fällt ernüchternd aus: Die Vereinbarung ist ein Papiertiger, der bis heute keine nennenswerten Fortschritte gebracht hat. Stattdessen hat sich die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt eher verschärft.

Unser Ziel war und bleibt: Bessere Chancengleichheit und Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt.

Die Erfahrung lehrt: Ohne gesetzliche Verpflichtungen geht es nicht!

Wir setzen uns für eine konsistente Gleichstellungspolitik über den gesamten Lebensverlauf hinweg ein, die Frauen und Männern realistisch gleiche Wahlmöglichkeiten eröffnet:

Gute Arbeit zu gleichen Bedingungen

Frauen tragen große Risiken auf dem Arbeitsmarkt, das gilt vor allem für Mütter. Eine eigenständige Existenzsicherung ist den meisten nicht möglich. Statt dessen sind sie ein Leben lang finanziell abhängig – entweder vom Partner oder von staatlichen Transferleistungen. Und den Spagat zwischen Familie und Beruf müssen vor allem sie bewältigen.

➤ **Equal Pay-Gesetz**

Gleiches Geld für gleiche und gleichwertige Arbeit, nur das ist gerecht. Die Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern aber stagniert seit Jahren auf hohem Niveau. Damit sich das ändert, liegt seit Mai 2012 der Gesetzentwurf zur Entgeltgleichheit der SPD-Bundestagsfraktion vor. Nur wenn Löhne auch transparent gemacht werden, kann Diskriminierung aufgedeckt werden. Deshalb sollen Betriebe ab 15 Beschäftigten verpflichtet werden, ihre Lohnstrukturen offen zu legen und auf Diskriminierung überprüfen zu lassen. Wird Lohndiskriminierung attestiert, muss das Folgen haben. Wer nichts dagegen tut, muss mit Bußgeldern rechnen.

➤ **Flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn**

Ein gesetzlicher Mindestlohn kommt vor allem Frauen zu Gute: Frauen sind doppelt so oft wie Männer im Niedriglohnbereich beschäftigt. Zwar gibt es Mindestlöhne in einzelnen Branchen. Das gilt aber überwiegend für Wirtschaftszweige, in denen der Männeranteil höher als 80 Prozent ist. Frauen haben davon also wenig. Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn ist überfällig.

➤ **Reform der Minijobs**

Der Missbrauch von geringfügiger Beschäftigung erschwert die Gleichstellung von Frauen und Männern. Denn zwei Drittel aller MinijobberInnen sind Frauen – und das ohne Perspektive auf eine reguläre Beschäftigung, nicht selten arbeiten sie zu Niedriglöhnen. Wir müssen für mehr sozialversicherungspflichtige Jobs sorgen, die Minijobs eindämmen und die geringfügig Beschäftigten besser absichern. Der zu vereinbarende Stundenlohn muss dem jeweils anwendbaren Tarifvertrag entsprechen. Im Fall der fehlenden Tarifbindung gelten die allgemeinen Regelungen zur Lohnfindung. Ein Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde darf in keinem Fall unterschritten werden.

➤ **Mindestens 40 Prozent-Quote für Aufsichtsräte und Vorstände per Gesetz**

Von selbst tut sich nichts in der Zusammensetzung der obersten Führungsgremien. Die Männerquote von mindestens 30 Prozent ist seit Jahren stabil. Die SPD-Bundestagsfraktion will hier

Bewegung reinbringen und hat deshalb einen Gesetzesentwurf vorgelegt: Das Ziel ist es, dass in Aufsichtsräten und Vorständen börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen Frauen und Männer zu mindestens 40 Prozent vertreten sein müssen. Andernfalls drohen leere Stühle in den Gremien, d.h. die Positionen werden nicht besetzt.

Geschlechtergerechte Bildung und Berufswahl

Noch heute ist unser Bildungssystem stark von Stereotypen geprägt – sowohl in der frühkindlichen Bildung als auch in der Schule und Berufsberatung. Um Chancengleichheit über den gesamten Lebensverlauf hinweg zu gewährleisten muss auch „Lebenslanges Lernen“ als Leitprinzip in staatlichen Institutionen und Unternehmen verankert werden.

- Die Ausbildung der Erzieher/Erzieherinnen/Pädagogen/Pädagoginnen muss um die Geschlechterperspektive erweitert werden.
- Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss in allen Lebensphasen möglich sein. Deshalb fordern wir u.a. eine Teilzeitausbildung sowie die Weiterentwicklung des „Meister-BAföG“ und des BAföG zu einem „Erwachsenen-BAföG“. Dazu gehört auch die Aufhebung von Altersgrenzen für Zulassungen zu Ausbildungsgängen, Stipendien, BAföG usw.
- Um das Berufswahlspektrum zu erweitern, bedarf es auch einer Aufwertung vor allem frauendominierter personenbezogener Dienstleistungsberufe (KrankenpflegerInnen, AltenpflegerInnen, ErzieherInnen, PädagogInnen) durch höhere Entgelte und eine Verbesserung des Sozialprestiges.

Mehr Frauen in Wissenschaft und Forschung:

Frauen sind auch in der Wissenschaft und Forschung unterrepräsentiert. Vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vor Probleme. Die Einführung einer Quote nach dem Kaskadenmodell und eine generell bessere finanzielle Ausstattung der Wissenschaft können hier helfen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf - Mehr Zeitsouveränität

Die traditionelle Rollenverteilung der sorgenden Mutter und des berufstätigen Vaters schränkt alle ein: Frauen, die mehr arbeiten wollen. Und Männer, die sich mehr Verantwortung in der Familie wünschen. Damit Männer und Frauen frei und selbstbestimmt über ihre Zeit entscheiden können, braucht es Reformen sowohl in der Familien- als auch in der Arbeitsmarktpolitik.

Eltern wollen mehr und bessere Plätze in der Kinderbetreuung. Dafür setzen wir uns ein und wollen außerdem:

➤ Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit

Teilzeitarbeit ist eine Frauendomäne - oft unfreiwillig und schlechter bezahlt als Vollzeit. Die Rückkehr auf eine Vollzeitstelle hängt ausschließlich vom Willen des Arbeitgebers ab. Das ist uns

zu wenig. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit. Darüber hinaus wollen wir rechtsverbindlich und praxistauglich regeln, von Teilzeit auf Vollzeit bzw. vollzeitnah aufzustoßen. So können Zeiten der Erwerbstätigkeit und Zeiten für die Sorge in der Familie zuverlässig und flexibel geplant werden.

➤ **Mehr zum Leben: Zwischen Voll- und Teilzeit**

In Deutschland bedeutet Teilzeit meist eine halbe Stelle oder weniger. Das Gehalt dafür reicht meist nicht aus für eine eigenständige Absicherung. Wir fordern deshalb das Recht auf eine große Teilzeit (z.B. 30 Wochenstunden), die eine Existenzsicherung bei reduziertem Arbeitsumfang sichert.

Elterngeld optimieren

Das SPD-Modell Elterngeld hat sich gelohnt: Immer mehr Väter nehmen wegen ihrer Kinder eine Auszeit vom Job, die meisten von ihnen (76 Prozent – Stat. Bundesamt Juni 2012) allerdings nur zwei Monate. Den Großteil der Elternzeit übernehmen also noch immer die Frauen. Wir wollen das Elterngeld so reformieren, dass Frauen früher in ihren Beruf zurückkehren und Männer mehr Verantwortung in der Familie übernehmen können, so wie es sich heute schon viele Paare wünschen.

➤ **Gemeinsamen Elterngeldbezug attraktiver gestalten**

Nach der geltenden Elterngeldregelung werden Paare benachteiligt, die gleichzeitig für die Erziehung ihrer Kinder da sein und arbeiten wollen. Denn gemeinsame Elternzeit heißt: Die Elternmonate werden doppelt so schnell verbraucht. Wir wollen die gemeinsame Elternschaft fördern und nicht bestrafen. Wir möchten dafür den doppelten Anspruchsverbrauch bei gleichzeitiger Teilzeitarbeit aufheben.

Für ein geschlechtergerechtes Steuersystem

Das deutsche Steuersystem ist nicht gerecht. Es bevorzugt gut verdienende verheiratete Paare, bei denen die Erwerbsarbeit ungleich verteilt ist. Es ist eine Steuer-Subventionierung vor allem für Besserverdienende. Das können und wollen wir uns nicht länger leisten.

➤ **Umsteuern: Abschied vom Ehegattensplitting**

Das Ehegattensplitting zementiert das Modell von der weiblichen Zuverdienerin und vom männlichen Ernährer. Denn am meisten profitieren Ehepaare, bei denen eine/r gar nicht verdient. Die Folge: Eine Erwerbstätigkeit rechnet sich für eine/n Ehepartner/in - meist die Frau – nicht. Dabei wollen die meisten Frauen einer eigenen Arbeit nachgehen. Umkehrt möchten immer mehr Männer nicht mehr die alleinigen Familienernährer sein. Andere Länder wie Großbritannien, Schweden, die Niederlande haben die gemeinsame Besteuerung von Eheleuten längst abgeschafft. Das wollen wir auch: die Individualbesteuerung mit Stichtagsregelung (d.h. Schutz von „Alt-Ehen“) und Berücksichtigung steuerlicher Unterhaltsverpflichtungen.

Zuleitungsformular

Stand: November 2009

Stellv. Fraktionsvorsitzende/r

Berlin, den 21.02.2013

Dagmar Ziegler MdB

An den
Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer
der SPD-Bundestagsfraktion
Herrn Thomas Oppermann, MdB
z.Hd. Undine Böhme / Christian Buchholz

Kopie des ausgefüllten Zuleitungsformulars bitte an die zuständige Arbeitsgruppe zurücksenden

im Hause**Bezeichnung der Vorlage:**

***Beschlussfassung zum Abschlussbericht der AG Gleichstellungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion
„Aktionsplan für mehr Gleichstellung von Frauen und Männern“***

Mit den Vorschlägen der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend

- a) für die Terminierung in den Fraktionsgremien am 25./26.02.2013
- b) für die Behandlung im Plenum --

einverstanden.**Vorschläge zur öffentlichkeitswirksamen Behandlung:**

u.a. Fraktions-PMs anlässlich 1. Lesung und Internationaler Frauentag am 8.03.;
Kommunikation am Fraktions-Empfang zum Internationalen Frauentag am 27.02.

gez. Dagmar Ziegler

(Unterschrift)

**Anlage: Vorblatt
Vorlage**

Vorblatt
für Vorlagen der Fraktion der SPD

Stand: Mai 2011

Caren Marks / Christel Humme

Karin Günther

(Federführendes MdB)
Tel. – 75545/ -75601

(Verantw. Referent/in)
Tel. - 57856

An die/den zuständige/n Stellv. Fraktionsvorsitzende/n Dagmar Ziegler, MdB im Hause
--

Bezeichnung der Vorlage Beschlussfassung zum Abschlussbericht der AG Gleichstellungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion „Aktionsplan für mehr Gleichstellung von Frauen und Männern“
--

Botschaft und wesentlicher Inhalt (max. 300 Zeichen incl. Leerzeichen) Die AG Gleichstellungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion hat einen umfassenden Abschlussbericht vorgelegt, der zahlreiche Maßnahmen zur Durchsetzung von Gleichstellung enthält.

Unterscheidung zu Positionen der anderen Fraktionen/Parteien CDU/CSU und FDP haben kein umfassendes gleichstellungspolitisches Konzept und verfolgt keine konsistente Politik in diesem Bereich.
--

Sonstige Bemerkungen Die Langfassung des Abschlussberichts soll der Fraktion vorliegen. Beschlussfassung soll über die 4-seitige Zusammenfassung erfolgen.
--

Beschlossen in der Arbeitsgruppe	am 19.02.2013
---	----------------------

In folgenden Arbeitsgruppen mitberaten	am	Votum
1. Arbeit und Soziales	19.02.	Zustimmung
2. Bildung und Forschung	19.02.	Zustimmung
3. Finanzen	19.02.	Zustimmung
4. Haushalt	19.02.	Zustimmung
5. Rechtspolitik	18.02.	Zustimmung
6. Wirtschaft und Technologie	19.02.	Zustimmung

Votum der <u>AG Haushalt</u> zu den finanziellen Auswirkungen auf den <u>Bundeshaushalt</u> und den <u>EU-Haushalt</u> und der <u>AG Finanzen</u> zu den steuerlichen Auswirkungen

--

Abstimmung mit den A-Ländern

--

Gewünschter Termin für die Beratung in den Fraktionsgremien
--

GfV	am 25.02.	Berichterstatter/in	Dagmar Ziegler
FV	am 25.02.	Berichterstatter/in	Caren Marks / Christel Humme
Fraktion	am 26.02.	Berichterstatter/in	Caren Marks / Christel Humme

21.02.2013

gez. Nicole Groß (i.V. für Karin Günther)

(Datum)

(Unterschrift)